

Der gescannte Patient

Zu einer Podiumsdiskussion rund um die elektronische Gesundheitskarte lud im Juni die FDP München-Süd in das Zahnärzthehaus München ein. Fünf Experten aus unterschiedlichen Parteien und Fachgebieten sollten den Bürgerinnen und Bürgern die Risiken, aber auch die Chancen aufzeigen, die diese Neuerung mit sich bringe. Dabei erstreckte sich das Spektrum der Expertenmeinungen von der Angst der völligen Datenfreilegung bis hin zur möglichen Qualitäts- und Leistungsverbesserung bei der ärztlichen Tätigkeit.

„Ich möchte mehr Transparenz im Abrechnungswesen“, forderte Silke Stokar, MdB, Datenschutz-Expertin und innenpolitische Sprecherin der Grünen. Diese Transparenz war in der Tat eines der Hauptargumente für die Gesundheitskarte, das in der Runde laut wurde. Daneben würde man sich eine erhebliche Kostenersparnis durch das Vermeiden von Doppeluntersuchungen, eine Reduzierung der Gefahr von Wechselwirkungen beim Verschreiben von Medikamenten und eine verbesserte Behandlung in Notfallsituationen erwarten. Ärzte sollten durch die Entbürokratisierung mehr Zeit für ihre Patienten aufbringen können und der reibungslose Informationsaustausch zwischen Fachärzten, Allgemeinärzten und Kliniken solle ihnen zusätzlich die Arbeit erleichtern.

Verpflichtende/freiwillige Angaben

„Wir haben es mit einem gigantischen IT-Projekt zu tun – ein so großes Vorhaben braucht Ruhe und Zeit“, erklärte die bayerische FDP-Vorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und äußerte erhebliche Bedenken besonders im Bereich des Datenschutzes. Das ganze Konzept bedürfe noch der Implementierung vieler Vorkehrungen, damit die Patientenhöheit über seine sensiblen Daten gewährleistet werden könne – das sei bis Anfang 2006 nicht zu bewerkstelligen. Bis dato befänden sich immer noch Unstimmigkeiten in der Konzeption. Zwar solle jeder Patient selbst entscheiden dürfen, welche Informationen auf der E-Health-Karte gespeichert würden, doch ergäbe sich beispielsweise bei der Speicherung der Notfalldaten der erste Widerspruch zwischen Freiwilligkeit und Nutzen. Keine oder lückenhafte Notfalldaten auf der Karte würden diese in einer Zwangslage völlig nutzlos machen. Deshalb stelle sich grundsätzlich die Frage, inwieweit der Karteninhaber zu einem bestimmten Datensatz verpflichtet werden müsse.



Zeigte sich äußerst skeptisch gegenüber der Einführung der E-Health-Karte: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Unsicherheit im Datenschutz

Dr. Janusz Rat, Vorsitzender des Datenschutz-Kontrollausschusses der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, nannte die Gesundheitskarte gar ein „hochgefährliches Instrument“. „Es sind nur diejenigen Daten sicher, die nicht erfasst sind“, befürchtete er. Die Daten würden große Begehrlichkeiten wecken und die wirtschaftliche Verlockung sei immens, stellte auch Matthias Sehling, MdB (CSU), Bundestagsausschuss für Gesundheit und soziale Sicherung, fest. Die Vielzahl an Involvierten – wie Ärzte, Apotheker, Kliniken, Heilberufe und Kranken-

kassen –, die allesamt Zugriff auf die Daten der Patienten hätten, würden das System unsicher machen. Unberechtigter Zugriff und der Handel mit Daten müssten deshalb unbedingt technisch verhindert werden, so der CSU-Politiker.

IT auf dem neuesten Stand

Mit Hilfe von Verschlüsselungsverfahren, die auch im Geheimdienst angewandt würden, solle die Sicherheit beim Datenschutz garantiert werden. „Die Karte ist geradezu das Sicherste, was es in der IT gibt, und wurde bisher – entgegen kursierender Informationen – noch nicht geknackt“, erklärte Bertram Bresser, Arbeitsgruppenleiter Medizin-Telematik am Fraunhofer-Institut, der die Entwicklung der Gesundheitskarte mitbetreute. Doch auch er hatte nicht nur Positives über die Innovation zu berichten; vor allem in der Vorgehensweise bei der Produktentwicklung seien Fehler gemacht worden. Ausgehend von einem neuen IT-Werkzeug, der E-Health-Karte, habe man sich gefragt, welche Ziele damit erreicht werden könnten. Deshalb sei es fraglich, ob diese Absichten nicht auch auf andere Weise realisierbar gewesen wären, so Bresser.

Dass die Verunsicherung auch unter den Bürgerinnen und Bürgern noch immer groß ist, zeigten die zustimmenden Reaktionen aus den Publikumsreihen, sobald einer der Experten auf mögliche Risiken der Gesundheitskarte hinwies.

Sabine Eigen (BLÄK)

59. Bayerischer Ärztetag 2005 in Coburg

Einladung zur Vollversammlung (HKaG Art. 5 Abs. 4)

Der diesjährige Bayerische Ärztetag findet vom

14. bis 16. Oktober 2005

im Kongresshaus Rosengarten in Coburg statt.

Die Tagesordnung wird im September-Heft 2005 des *Bayerisches Ärzteblattes* veröffentlicht und im Internet unter www.black.de eingestellt.